



Augsburger Universitätsreden 54

Heinrich Brüning

**Übergabe der Handbibliothek
an die Universitätsbibliothek Augsburg
durch die Kurt-und-Felicitas-Viermetz-Stiftung**

Ansprachen und Titelverzeichnis

Augsburger Universitätsreden 54

Herausgegeben vom Rektor der Universität Augsburg

ISSN 0939-7604

Prof. Dr. Heinrich Brüning
Reichskanzler der Weimarer Republik
1930-1932

Übergabe der Handbibliothek
an die Universitätsbibliothek Augsburg
durch die Kurt-und-Felicitas-Viermetz-Stiftung
am 9. Februar 2005

Ansprachen und Titelverzeichnis

Augsburg 2005

Augsburger Universitätsreden
Herausgegeben vom Rektor der Universität Augsburg
Redaktion, Satz, Gestaltung: Ursula Knab, Universitätsbibliothek Augsburg

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| HISTORISCHE EINFÜHRUNG Prof. Dr. Dr. h.c. Josef Becker Altpräsident der Universität Augsburg | 7 |
| ÜBERGABE DER BRÜNING-HANDBIBLIOTHEK Kurt F. Viermetz Kurt-und-Felicitas-Viermetz-Stiftung | 16 |
| DIE UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK AUGSBURG UND DIE HANDBIBLIOTHEK HEINRICH BRÜNING Dr. Ulrich Hohoff Direktor der Universitätsbibliothek | 19 |
| TITELVERZEICHNIS | 27 |

**HISTORISCHE EINFÜHRUNG
ZUR ÜBERGABE EINES TEILBESTANDES
DER EXIL-BIBLIOTHEK HEINRICH BRÜNING
AN DIE UNIVERSITÄT AUGSBURG**

PROF. DR. DR. H.C. JOSEF BECKER

Würde man heute Erstsemestern im Fach Geschichte an einer beliebigen deutschen Universität einen historischen Fragebogen austeilen und dabei nach einem der 12 Kanzler an der Spitze der 20 Berliner Kabinette aus den 14 Jahren der Weimarer Republik fragen - man stieße vermutlich auf weitgehende, wenn nicht vollständige Ratlosigkeit. Vielleicht fiel einigen Studienanfängern der Name Gustav Stresemann ein, der in der Tat 1923 für knappe drei Monate Reichskanzler war, seinen Nachruhm aber als Außenminister und deutscher Architekt einer ambivalenten deutsch-französischen „Verständigungspolitik“ erwarb, die das Trauma der Deutschen seiner Zeit - den Versailler Vertrag von 1919 - zu überwinden und die Weltmachtposition des Deutschen Reiches vor der Niederlage im Ersten Weltkrieg wieder herzustellen suchte. Möglich, dass bei einem solchen Test auch der Kanzler der Jahre 1930-32, Heinrich Brüning, genannt werden würde – vermutlich aber nicht wegen dessen Scheiterns bei dem Versuch, in der politisch-sozialen Existenzkrise der ersten deutschen Demokratie mit der Abkehr von der plebiszitär mißverstandenen parlamentarischen Regierungsweise der Weimarer Republik den Rechtsstaat zu retten. Viel eher, weil Brüning in der Weltwirtschaftskrise eine Finanz- und Wirtschaftspolitik steuerte, die die Zahl der Arbeitslosen erhöhte, das Elend der breiten Massen verschärfte und sie – so lautet der massivste Vorwurf an seine Adresse - erst in die Arme der Nationalsozialisten trieb. Als sich im vergangenen Herbst der New Yorker Börsenkrach vom Oktober 1929 (der die Weltwirtschaftskrise einläutete) zum 75. Mal jährte, druckte unsere Augsburger Zeitung in ihrer Rubrik „Wortweiser“ unter dem Begriff „Weltwirtschaftskrise“ folgenden Schlussspassus aus einer Meldung der „Deutschen Presse-Agentur“: „Die Deflationspolitik der Regierung Brüning zielte in erster Linie auf Geldwertstabilität, nicht auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit. Im Februar 1932 waren sechs Millionen Deutsche ohne Arbeit. In der Krise nutzten Extremisten die Gunst der Stunde. Die NSDAP wurde zur Massenpartei.“

Das klingt auf dem Hintergrund der parteipolitischen Auseinandersetzung seit diesem Wochenende vertraut. Nur: Das Verdikt über Brüning greift mehrfach zu kurz. Lassen Sie mich – bei diesem Anlass der Übergabe eines Teilbestandes der Exil-Bibliothek Heinrich Brünings durch die Kurt-und-Felicitas-Viermetz-Stiftung – kurz die Problematik der Politik der beiden Reichskabinette Brüning 1930-32 in der Weltwirtschaftskrise skizzieren, und zwar vor allem in ihren noch heute umstrittenen wirtschafts- und finanzpolitischen Aspekten. Ich stütze mich dabei auf die Forschungen eines der führenden deutschen Wirtschaftshistoriker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, des Münchener Ordinarius Knut Borchardt, die im vergangenen Jahr durch seinen Berliner Schüler Albrecht Ritschl wieder in den Brennpunkt einer historisch-politischen Kontroverse gerieten. Der Zeitpunkt dieser Kontroverse war kein Zufall: Ritschls Vorstoß im vergangenen Jahr ist natürlich zu verstehen auf dem Hintergrund der anhaltenden Konjunktur- und Struktur-Krise der deutschen Wirtschaft heute mit dem zentralen Problem, ob wir nicht seit Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt haben – eine Frage, der sich Knut Borchardt schon vor 30 Jahren stellte während der ersten tiefer greifenden Rezession der deutschen Wirtschaft in den Jahren der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt und die er dann in detaillierten Forschungen zur Wirtschaftsentwicklung der Weimarer Republik speziell in den Jahren der Weltwirtschaftskrise verifizierte. Wie die Vergangenheit Schlüssel bietet für das Verständnis unserer Gegenwart, so kann auch die Gegenwart den Blick schärfen für Probleme der Vergangenheit.

Als Brüning von Reichspräsident Hindenburg im Frühjahr 1930 an die Spitze der Regierung berufen wurde, war er sich bewusst, ein Amt anzutreten in einer wirtschaftlichen Situation, die mit 90%iger Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu meistern war. Nicht seine Vorgängerregierung unter sozialdemokratischer Führung trage allerdings die Schuld an der extrem schwierigen ökonomischen Lage des Reichs, der Länder und Kommunen – es liege, so erklärte er in einer Reichstagsrede im Oktober 1930 (und das macht den kleinen Unterschied zur gegenwärtigen parteipolitischen Polemik aus), es liege „an den Fehlern, die insgesamt die öffentliche Hand und ein Teil der privaten Wirtschaft in den vergangenen sechs Jahren gemacht haben“. Es trifft in der Tat zu, dass der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 nicht auf eine gesunde deutsche Volkswirtschaft traf, sondern auf eine nationale Wirtschaft, die sich seit dem Ersten Weltkrieg und der anschließenden Inflation nicht mehr im Gleichgewicht befand. Ich will diese „Krise vor der Krise“ (wie sie Knut Borchardt

als fundamentale Voraussetzung für den Verlauf der Weltwirtschaftskrise in Deutschland genannt hat) mit einigen Schlaglichtern illustrieren:

Seit dem Ende der Inflation in Deutschland 1924 – also in den „goldenen Jahren“ der Weimarer Republik – ging die Arbeitslosenquote im Deutschen Reich nie mehr auf das Vorkriegsniveau zurück. Selbst auf dem Höhepunkt der mit US-Dollars erborgten wirtschaftlichen Scheinblüte des Jahres 1927 blieb die Arbeitslosenziffer auf einer Höhe, wie sie zwischen 1887 und 1914 nicht einmal in den konjunkturell schlechtesten Jahren zu verzeichnen waren. Erst 1928, also zehn Jahre nach dem Kriegsende, überstieg das Sozialprodukt je Kopf der Bevölkerung das Niveau des Jahres 1913 nur geringfügig. Gleichzeitig blieb die Investitionstätigkeit als Indikator wirtschaftlicher Vitalität weit hinter den entsprechenden Ziffern aus der Zeit vor 1914 zurück. Dagegen hatte der staatliche Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1928 gegenüber der Vorkriegszeit einen Zuwachs von 34 % erfahren, der private Konsum immerhin eine Steigerung um 16 %. Wie extrem labil die wirtschaftliche Gesamtsituation in der Weimarer Republik war, macht schließlich die Entwicklung der Arbeitsproduktivität deutlich: Bei gleichzeitigem Anwachsen der öffentlichen Ausgaben, der privaten Einkommen und des individuellen Konsums erreichte die Arbeitsproduktivität vor 1929 nicht einmal die entsprechenden Ziffern der Vorkriegszeit.

Dieses extreme Ungleichgewicht der deutschen Wirtschaft wurde in den zwanziger Jahren durch den Zustrom anlagebereiten amerikanischen Kapitals verdeckt. Fatal war dabei, dass die kurzfristigen US-Kredite vielfach langfristig angelegt wurden oder in den Konsum flossen. Das macht zu einem wesentlichen Teil die Vehemenz verständlich, mit der die Weltwirtschaftskrise die deutsche Ökonomie traf. Hinzu trat ein politischer Faktor: Der Versailler Vertrag hatte die Verpflichtung des besiegten Deutschen Reiches festgelegt, für die Kriegsschäden in den alliierten Ländern durch Reparationen aufzukommen. Volkswirtschaftlich waren diese Reparationen erfüllbar – darüber sind sich heute gerade die Wirtschaftshistoriker im wesentlichen einig. Keine deutsche Reichsregierung war aber bereit, diese „Tributzahlungen“ auf Dauer zu leisten. Schon Stresemann hat daher eine Finanzpolitik „hart am Rande des Defizits“ empfohlen, um den Alliierten die Unerfüllbarkeit ihrer Reparationsforderungen zu beweisen. Als die Weltwirtschaftskrise ausbrach, standen der Reichsregierung auch aus diesem Grund des bisherigen Kurses „hart am Rande des Defizits“ keine Reserven zur Verfügung, um u. a. den Abzug kurzfristiger Dollar-Kredite aus Deutschland zu kompensieren.

Im 18. Jahrhundert hatte der franz. Staatstheoretiker Montesquieu einen Grundsatz der sich entwickelnden klassischen Nationalökonomie wie folgt formuliert: „Der Hauptpunkt einer guten Verwaltung [...] besteht darin, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Wenn diese nicht zunehmen können, müssen jene gesenkt werden, und bis das geschehen ist, kann kein Vorhaben nutzbringend sein, weil es keines gibt, das nicht neue verlangt.“ Diese Maxime entsprach der noch zur Zeit Brüning's dominierenden volkswirtschaftlichen Lehre. Brüning wollte in der Weltwirtschaftskrise nicht die sekundären Krisenphänomene kurieren, sondern die Weltwirtschaftskrise im Sinne einer sog. „Reinigungskrise“ zur Bewältigung der Strukturkrise der deutschen Wirtschaft und zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage (d. h. zur definitiven Beseitigung der Reparationen) nutzen.

Die Therapie-Instrumente, die die klassische Nationalökonomie zur Verfügung stellte, waren vor allem eine deflationäre Finanz- und Wirtschaftspolitik. Rigorose Sparmaßnahmen auf allen Gebieten der öffentlichen Tätigkeit sollten die Ausgaben der öffentlichen Hand den sinkenden Einnahmen angleichen, Lohn- und Gehaltskürzungen die Gesteungskosten in der Wirtschaft vermindern und in Verbindung mit einer drastischen Reduktion der Importe eine positive Außenhandelsbilanz trotz des rapide schrumpfenden Weltmarktes und zu Lasten der Reparationsgläubiger sichern.

Diese Deflationspolitik, das war Brüning und seinen Wirtschafts- und Finanzministern klar, wirkte krisenverschärfend. Im November 1931 war die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vergleichsmonat von 1929 um 4,4 Millionen gewachsen. Ihren absoluten Höhepunkt erreichte die Arbeitslosigkeit im Winter 1931/32 mit über sechs Millionen bisher Erwerbstätigen.

Es ist diese katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit der für die Weimarer Republik existenzbedrohenden Vervielfachung des politischen und sozialen Protestpotentials, die bis heute immer wieder als abschreckende Beispiele in der Bundesrepublik zitiert werden. Man hält dieser „austerity“-Politik die Lehre des britischen Nationalökonomen Keynes entgegen – verkürzt gesagt: nicht die Geldwertstabilität (um hier nochmals die einleitend erwähnte Meldung unserer Augsburger Zeitung zu zitieren) dürfe Priorität in der staatlichen Haushaltspolitik erhalten, sondern der Staat müsse versuchen, durch „deficit spending“, durch eine Politik vermehrter Ausgaben der öffentlichen Hand durch Kreditaufnahme oder Kreditschöpfung die Konjunktur zu beleben und erfolgreich Arbeitsbeschaffungspolitik zu betreiben.

In Bezug auf Brüning und seine Zeit ist dies ein anachronistisches Argument, das zudem entscheidende innen- und außenpolitische Rahmenbedingungen außer Acht lässt.

Anachronistisch ist dieses Argument, weil die Lehre von Keynes damals noch keineswegs rezipiert war und viel zu spät in die deutsche Diskussion eingebracht wurde, um vor Brünings Sturz noch nennenswerte Wirkungen entfalten zu können. 1932 sahen die extremsten der dann schließlich entwickelten Konjunkturförderungspläne im Sinne von Keynes eine Erhöhung der Staatsausgaben um rund 2,3 % des Bruttosozialprodukts von 1929 vor. Es darf als völlig ausgeschlossen betrachtet werden, dass eine Änderung der konjunkturpolitischen Strategie der Reichsregierung im Sinne dieser Vorschläge, auch wenn sie schon 1931 realisiert worden wäre, den Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 33 % im Winter 1931/32 verhindert hätte. Nur zum Vergleich: Während der Rezession des Jahres 1975 in der Bundesrepublik haben alle öffentlichen Haushalte eine Nettokreditaufnahme nicht (wie die ersten Pläne 1931 vorsahen) von 2,3 %, sondern mehr als das Doppelte, nämlich von 5,2 % des Bruttosozialprodukts beschlossen. Die Arbeitslosenquote ist infolge dieses „deficit spending“ keineswegs innerhalb kurzer Zeit nennenswert gesenkt worden. (Lediglich in Parenthese sei vermerkt: Das amerikanische Beispiel mit der von Keynes inspirierten Wirtschaftspolitik Roosevelts seit 1933 sticht insofern nicht, als am Ende der ersten Wahlperiode von Roosevelt die Zahl der Arbeitslosen höher war als zu Beginn und die Weltwirtschaftskrise in den USA erst durch die Mobilisierung der amerikanischen Wirtschaft für die Kriegsproduktion noch vor dem Eintritt der USA in den II. Weltkrieg 1941 überwunden wurde. Nicht vor dem Jahre 1942 – also zum Zeitpunkt einer vollen Entfaltung der amerikanischen Kriegswirtschaft – ging die amerikanische Arbeitslosigkeit auf den Stand von 1928 zurück).

Das Keynes-Argument lässt zum zweiten die innenpolitischen Rahmenbedingungen der Kanzlerschaft Brünings außer Betracht: Seit der Katastrophenwahl vom September 1930 mit dem enormen Anstieg der NSDAP-Sitze im Reichstag von 12 auf 107 Mandate war Brüning auf eine Mitte-Links-Mehrheit angewiesen, eine sog. parlamentarische „Tolerierungsmajorität“. Für deren größte politische Gruppierung – die SPD – aber bedeutete damals noch „deficit spending“ das Risiko der Inflation, das wirtschaftliche Trauma der Deutschen noch über die Jahrhundertmitte hinaus; wie es damals das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, klassenkämpferisch formulierte: „Der Faschismus ist das Mittel zur politischen Knechtschaft der Arbeiterschaft, die Inflation seine wirtschaftliche Waffe gegen die Arbeiterschaft!“ Brüning hätte also seine po-

litischen Partner nicht mehr in der informellen Mitte-Links-Allianz, sondern bei der radikalen Rechten, dem Deutschnationalen Hugenberg und bei Hitler, suchen müssen, die sich dann auch 1933 zur Zertrümmerung der Weimarer Republik im Reichskabinett zusammenfanden.

Und zum dritten und für Brüning wohl wichtigsten Gesichtspunkt, dem außenpolitischen Argument: Den ersten Anlauf der Siegermächte von 1918, laufende Kapital-Reparationen sicherzustellen, hatte die Inflation vereitelt. Die Neuregelung der Reparationszahlungen durch den Young-Plan von 1929/30 (mit einer Laufzeit bis in die 1980er Jahre) legte (wegen des gescheiterten ersten Versuchs einer Sicherung der Reparations-Zahlungen) den Goldstandard der deutschen Währung fest. Damit war unter reparationspolitischen Gesichtspunkten jeder „deficit-spending“-Politik, die den Goldstandard der Währung in Frage stellte und auf eine Abwertung der Mark hinauslief, der Weg versperrt. (In Parenthese: Es ist eine interessante Frage, ob und inwieweit die Maastrichter Stabilitätskriterien vor ihrer Aufweichung in den letzten Jahren nicht einmal mutatis mutandis eine ähnliche Funktion hatten, indem sie eine feste Richtschnur für die erlaubte Höhe der Defizite der öffentlichen Hand in den Mitgliedsländern vorschrieben). Die Reichsbank, die während der Weimarer Republik für eine innerdeutsche Kreditaufnahme zur Konjunkturbelebung durch das Berliner Kabinett allenfalls in Frage gekommen wäre, bildete im übrigen seit 1924 einen Teil eines internationalen Vertragssystems im Zusammenhang mit der Reparationsfrage. Ein Reichsgesetz untersagte der Reichsbank im Speziellen, der Regierung nennenswerte Kredite zur Verfügung zu stellen. Der damalige Reichsbankpräsident, der frühere Reichskanzler Hans Luther, war rigoroser Verfechter einer deflationären Austerity-Politik, den Hitler dann auch konsequenterweise 1933 sofort durch Hjalmar Schacht ablösen ließ. Als internationaler Kreditgeber in größerem Stil kam nach dem Ausfall der USA durch die Weltwirtschaftskrise lediglich Frankreich in Frage. Der französische Konkurrent des Deutschen Reiches um die Vormachtposition in Europa wurde von der verheerenden Krise erst spät erfasst. Französische Kreditangebote etwa 1931 waren – wie nicht anders zu erwarten – mit politischen Bedingungen verknüpft: Die Pariser Forderungen liefen auf eine Zementierung des Versailler Vertrags, auf den Verzicht auf die Revision der europäischen Nachkriegsordnung zugunsten des Deutschen Reiches hinaus; das bedeutete die Forderung an die Regierung Brüning, den Kernbestand der Außenpolitik aller Parteien der Weimarer Republik (von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten) preiszugeben. Das kam für den Nationalkonservativen Brüning natürlich a limine nicht in Frage. Selbst wenn er persönlich bereit gewesen wäre, auf die französischen Angebote einzugehen: Reichsprä-

sident Hindenburg drohte in diesem Fall mit seinem Rücktritt; dies war eine Eventualität, die nicht nur angesichts des Hindenburg-Mythos undenkbar war: im Frühjahr 1932 standen Reichspräsidentenwahlen an, und es war klar, dass eine Kandidatur des Weltkriegsgefreiten Hitler nur durch den Mythos des Feldmarschalls Hindenburg zu besiegen war.

Ich denke, die engen, für eine Rettung des Rechtsstaats vor den verfassungsfeindlichen Kräften nicht mehr ausreichenden Handlungsspielräume Brüning's auf den interdependenten innen- wie außenpolitischen Feldern während der Endphase der Weimarer Republik sind auch in dieser Skizze deutlich geworden. In einer größeren historischen Perspektive wird man sagen müssen, dass sich das Schicksal dieser „Republik wider Willen“ nur verstehen lässt, wenn man ihre historischen Vorbelastungen berücksichtigt, und das heißt, wenn man die zwölf Jahre nach 1919 als die Spätphase des Bismarck-Reiches versteht. Eines der strukturellen Grundprobleme der Weimarer Republik, an denen Brüning scheiterte – die Position der bewaffneten Macht als „Staat im Staat“ und die Rolle des in ihrer Schlusskrise einflussreichsten politisierenden Offiziers Schleicher in den Kulissen der Macht –, ging auf Grundentscheidungen zurück, die Bismarck in den 1860er Jahren herbeigeführt hatte. Die Rolle des Reichspräsidenten Hindenburg als „Ersatzkaiser“ wie der in der Verfassung nicht vorgesehene Sohn des Reichspräsidenten und die kleine Gruppe von Präsidentenberatern war von ähnlicher Tragweite für eine verfassungsmäßige Problemlösung in der Endphase der Republik. Dass ein Reichstag, der – und dies geht wiederum auf eine von Bismarck durchgesetzte Entscheidung in den 1860er Jahren zurück – ein Reichstag, der erst 1917/18 als Resultat der sich abzeichnenden militärischen Niederlage die vollen parlamentarischen Kompetenzen erhielt, ohne Übung und ohne die notwendige Kompromißbereitschaft war, die immensen Aufgaben der Weltwirtschaftskrise zu bewältigen, wird dann einleuchten, wenn man seine Funktionsweise nicht an dem Idealbild einer parlamentarischen Demokratie nach dem britischen Vorbild oder nach dem Muster unserer Bundesrepublik beurteilt (deren Grundgesetz im übrigen ja nicht nur als Gegenbild zur Verfassungswirklichkeit des Nationalsozialismus, sondern auch in der Auseinandersetzung mit den Gründen für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie geschaffen wurde). Und leichter als frühere Generationen sehen wir heute, dass eine der fatalen Grundschwächen der Weimarer Republik und ihrer Anfälligkeit für die extreme Rechte das Faktum der „unverstandenen Niederlage“ von 1918 war. Das, was man einmal „Revisionssyndrom“ der deutschen Gesellschaft nach 1918 nannte, ging auf die fehlende Einsicht zurück, dass nach den Gesetzen des europäischen Staatensystems von der kontinentalen Mitte dieser Ordnung aus eine

dauerhafte Vormachtposition oder gar Hegemonie nicht auszuüben war. Die Hegemonie über Europa scheiterte ein erstes Mal 1914-1918 an der alten westlichen Flügelmacht des europäischen Staatensystems Großbritannien und der neuen Weltmacht der USA. Ein zweites Mal scheiterte sie im II. Weltkrieg an der östlichen Flügelmacht in den Weiten der Sowjetunion und schließlich wiederum an den westlichen Flügelmächten England und USA. Nach 1945 hat die Bundesrepublik mit der Politik der Westintegration die Konsequenzen aus den Erfahrungen der Geschichte des Bismarck-Reiches gezogen und sich mit der Rolle eines Juniorpartners der Westmächte begnügt.

Brüning selbst hat diese Politik der Westintegration in ihrer Adenauerschen Form für verfehlt gehalten. Zwischen beiden Politikern, die in der republikanischen Zeit der gleichen Partei, dem Zentrum, angehört hatten, bestand aus alten Tagen eine wechselseitige persönliche und politische Abneigung. Mitarbeiter Brünings aus dessen Zeit seiner Kölner Professur nach dem II. Weltkrieg berichten, dass Konrad Adenauer bei seinem ersten Besuch bei Brüning sofort und unverblümt die Frage gestellt habe, wann der Weimarer Reichskanzler wieder in die USA zurückkehre. Brüning selbst hat öffentlich immer wieder seinen Entschluss bekräftigt, nicht in der deutschen Nachkriegspolitik aktiv zu werden. Es gibt andere Zeugnisse, die sehr wohl auf eine Bereitschaft des ehemaligen Reichskanzlers schließen lassen, gestaltend in die Politik der Bundesrepublik einzugreifen. Das kritische, von Adenauer massiv beeinflusste Echo auf seine Rede in geschlossener Gesellschaft vor dem Rhein-Ruhrclub in Düsseldorf mit dem Plädoyer für eine Politik, die sich an Bismarcks letztlich ebenfalls gescheitertem Versuch einer unabhängigen Diplomatie zwischen Ost und West orientierte, hat ihn dann endgültig bewogen, ein zweites Mal ins Exil zu gehen und im Osten der USA seinen Lebensabend zu verbringen - in jenen „Green Mountains“ von Vermont, die durch die Erinnerungen von Carl Zuckmayers Frau in Deutschland ein literarisches Denkmal erhalten haben. Dort, in den Bergen, die ihn immer wieder an seinen schlesischen Reichstagswahlkreis erinnerten, starb er 1970 – am 40. Jahrestag seines Amtsantritts als Reichskanzler.

Ich will diese historische Einführung aus Anlass der Übergabe der Teilbibliothek Heinrich Brünings an die Universität Augsburg durch die Kurt- und Felicitas-Viermetz-Stiftung nicht schließen, ohne auch meinen persönlichen Dank auszusprechen für diese Zustiftung zu den Beständen unserer Universitätsbibliothek. Für mich schließt sich damit ein Kreis des wissenschaftlichen

Interesses; es hatte in den 1960er Jahren mit Studien zur Politik Brünings begonnen und in den 1970er Jahren mit den dann gescheiterten Bemühungen seine Fortsetzung erfahren, auf Initiative der Deutschen Verlags-Anstalt eine kritische Edition der nach ihrer Publikation Ende 1970 umstrittenen „Memoiren“ Brünings zu veranstalten. Die Universität Augsburg darf in einer Zeit, in der von den staatlichen Stellen alle universitären Probleme nach Gesichtspunkten der reinen Nützlichkeit behandelt werden, dankbar dafür sein, in Herrn und Frau Viermetz Mäzene gefunden zu haben, die auch die Geisteswissenschaften fördern, die sonst nach den Regeln von „input“ und „output“ durch die Maschen der Utilitätsprüfungen fallen. Und ein zweites: Die Kurt- und Felicitas-Viermetz-Stiftung hat sich neben der kulturellen Unterstützung der Stadt Augsburg und der Wissenschaften in Bayerisch-Schwaben auch zum Ziel gesetzt, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu fördern. Ich halte den Erwerb dieser Buchbestände auch unter diesem Gesichtspunkt für eine geglückte Erfüllung des Stiftungszwecks. Ich möchte der Stiftung in ihrer weiteren Tätigkeit nicht zuletzt auf diesem für die Zukunft Deutschlands vital wichtigen Feld des Verhältnisses zu den USA viel Erfolg wünschen.